Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstraße 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,200.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.
Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4 gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 356. Dienstag den 22. December 1885. 79. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Im Monat November gingen beim Armenamte hier ein:

6 ℳ — ₰ Sühne in Sachen W. S. ⁄. G. J. }
5 „ — „ „ „ „ W. M. ⁄. A. R. } durch Hrn.
2 „ — „ „ „ „ H. G. ⁄. A. M. } Friedens-
10 „ — „ „ „ „ A. St. ⁄. A. H. } richter
1 „ — „ „ „ „ M. W. ⁄. Th. S. } Nagel,
3 „ — „ „ „ „ E. W. ⁄. H. F. }
5 „ — „ in Privatklagsachen J. ⁄. H. durch Herrn Rechtsanwalt Dr.
3 „ — „ von Frau Straßburger überwiesener Finderlohn durch das Polizeiamt hier,
1 „ — „ R—r. als Streitobject,
3 „ — „ Sühne in Sachen A. L. U. ⁄. C. G. L. von Herrn Friedensrichter Conrad.
20 „ — „ Sühne in Sachen B. ⁄. S. }
1 „ — „ „ „ „ B. ⁄. R. } durch Herrn
3 „ — „ „ „ „ St. ⁄. B. } Friedensrichter
1 „ — „ „ „ „ J. ⁄. K. } Jaud sen.
5 „ — „ „ „ „ L. ⁄. P. }
66 ℳ — ₰ Sa.

Dankend quittirt
Leipzig, den 17. December 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Junghähnel.

Bekanntmachung.

Der Armenpfleger
Herr C. Julius Meißner, Buchhändler,
Georgenstraße Nr. 16, I,
ist auf sein Ansuchen aus dem von ihm bisher bekleideten Amte eines Armenpflegers im 43. Districte entlassen worden.
Leipzig, am 15. December 1885.

Das Armendirectorium.
Ludwig-Wolf. R.

Die **Anmeldung** ec. der **Ziehkinder** hat anstatt Freitag den 25. bereits
Mittwoch, den 23. December a. c.
und statt Freitag den 1. Januar 1886
Mittwoch, den 30. December a. c.
von Nachmittags ¼4 bis 5 Uhr Stadthaus — Obstmarkt 3, 1. Etage, Zimmer 87 — zu erfolgen.
Leipzig, am 19. December 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Wendt.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden hier erstatteter Anzeige zufolge:

1) ½ Dtzd. seidene **Herren-Halstücher**, grau- und schwarzcarrirt, aus einem Verkaufslocal in Nr. 2 des Grimmaischen Steinwegs, seit 2. d. M.;

2) ein **Frauen-Paletot** von schwarzem Doublestoff mit 2 Schoßtaschen, Stehkragen und Plüschbesatz, aus einer Wohnung in Nr. 19 des Ranstädter Steinwegs, vom 6. bis 7. d. M.;

3) ein **Jaquet**, ziemlich neu, dunkelgrau, rothgesprenkelt, aus einer Stube des Hotels im Thüringer Bahnhof, vom 5. bis 12. d. M.;

4) je **10 Stück Alfenide-Messer, Gabeln, Suppen- und Kaffeelöffel**, „E. G. No. 25", „E. G. No. 68" und „Nickelide No. 72" gezeichnet (Kaffeelöffel ungezeichnet), aus einem Restaurant in Nr. 13 der Gerichtsstraße, vom 10. bis 11. d. M.;

5) 6 bis 8 **Flaschen Rothwein**, ohne Etiquette, roth gesiegelt, und ein großer Topf mit **Senfgurken**, aus einem Keller in Nr. 16 der Schletterstraße, am 12. d. M. Nachmittags, mittelst **Einbruchs**;

6) eine **Kiste** mit **40 Kilo** gelber **Seife**, „J. & G. 7764" signirt, eine **Kiste** mit **25 Kilo** gelber und weißer **Seife**, auf 2 Seiten mit eingebrannter Rose, und außerdem „ K. 16127" signirt, eine kleine **Kiste** mit 75 Stück langen **Rüben** und 15 bis 18 Liter **Nordhäuser**, aus einem Keller in Nr. 3 der Berliner Straße, am 12. d. M., mittelst **Einbruchs**;

7) 5 Meter zölliges **Bleirohr** mit 2 metallenen Wasserleitungshähnen, von einem Neubau an der Johannisgasse, vom 12. bis 13. d. Mts.;

8) ein schwarz gestrichener **Kinderwagen** mit 2 Eisenstäben, woran der Holzgriff fehlt, aus dem Hofraume in Nr. 23 der Petersstraße, am 12. d. Mts.;

9) eine rothe **Plüschdecke** mit **Quasten**, schwarz gefüttert, aus einem Kinderwagen in Nr. 32 der Nordstraße, am 13. d. Mts. Nachmittags;

10) eine Kiste mit 38 Stück **Limburger Käse**, signirt „G. P. 0375", aus einem Keller in Nr. 19 der Windmühlenstraße, am 14. d. Mts., mittelst **Einbruchs**;

11) ein getragener **Winterüberzieher**, ohne Futter, mit Sammetkragen, 2 Reihen übersponnenen Knöpfen und blauen Leinwandbeutel, sowie zwei getragene **Taillenröcke**, einer dunkelblau, einer schwarz, je mit 2 Reihen übersponnenen Knöpfen und ausgebessertem Futter, aus einer Stube in Nr. 11 der Wintergartenstraße, am 14. und 16. d. Mts.;

12) 18 Meter rother **Flanell**, 75 Ctm. breit, aus einem Verkaufslocale Südplatz Nr. 6, vom 15. bis 16. d. Mts.;

13) eine silberne **Cylinderuhr**, ohne Goldrand, mit Secunde und gerieftem Rückdeckel, mit herzförmigem Schildchen (Gehäusenummer „2308 S."), aus einer Wohnung in Nr. 39 der Zeitzer Straße, am 15. d. M.;

14) ein **Photographie-Album**, klein, schwarzledern, darauf „B. Georges" in **Gold** geprägt, mit 12 verschiedenen **Bildern**, aus einem Saallocale in Nr. 66 der Sternwartenstraße, am 15. d. M. Abends;

15) ein neuer **Damen-Regenschirm**, mit schwarzem Gloriabezug, gelbem Stab mit gebogenem **Griff**, aus dem Vorsaale einer Fabrik in Nr. 20 der Kreuzstraße, am 16. d. Mts. Nachmittags;

16) ca. 2 Kilo **Bettfedern**, ein weißer **Kinderbettüberzug** und ein Paar rothwollene **Frauenstrümpfe**, aus einer **Wohnung** in Nr. 13 der Pleißenstraße, seit 4. d. Mts.;

17) ⅙ Dtzd. Paar graumelirte **Frauenstrümpfe**, aus einem Verkaufslocale in Nr. 30 der Katharinenstraße, am 16. d. M. Nachmittags;

18) ca. 8 halbe Pfund **wollenes Strickgarn**, verschiedenfarbig, mit einem eisernen, zum Aufhängen benutzten **Stabe**, aus einem Verkaufslocale in Nr. 4 der Schützenstraße, am 18. d. M. Abends;

19) ein Paar falblederne **Frauenstiefeletten**, ziemlich neu, mit Sammetbesätzen, aus einem Korbe in Auerbach's Hof, Grimmaische Straße Nr. 2, am 19. d. M. Abends;

20) ein **Winterüberzieher**, dunkelbraun, glatt, mit Sammetkragen, einer Reihe übersponnener Knöpfen mit verdeckter Knopfleiste, breiter schwarzer Borde und grauschwarzem, carrirtem Futter, in den Taschen ein Paar dunkelbraune **Glacéhandschuhe**, hellbraun gefüttert, und eine Rechnung von „A. Wohlfarth, Leipzig", aus einem Restaurant in Nr. 46 der Langen Straße, am 20. d. M. Nachts;

21) eine rothe **Plüschdecke**, blau- und weißgefüttert, mit rother Schnuren-Einfassung und 2 Quasten, ca. 80 cm lang und 70 cm breit, von einem Kinderwagen in der Hausflur Nr. 26 der Hohen Straße, am 20. d. M. Nachmittags.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 21. December 1885.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Dr. G.

Nichtamtlicher Theil.

Deutschlands Stellung zu den auswärtigen Verwickelungen.

Deutschland befindet sich in der beneidenswerthen Lage, allen auswärtigen Verwickelungen mit verschränkten Armen als unbetheiligter Dritter zuschauen zu können. Nur einmal verdunkelte sich der Horizont des deutschen Reiches auf kurze Zeit, als der Streitfall wegen der Carolineninseln auftauchte, aber die geschickte Hand des Fürsten Bismarck fand sogleich das Mittel, die am politischen Himmel sich zusammenziehenden Wolken wieder zu zerstreuen. Der Gedanke, die Vermittelung des Papstes anzurufen, war so glücklich, so genial, daß schon dadurch der Streit im Keime erstickt wurde. Nur Mangel an politischer Einsicht konnte die Spanier in so leidenschaftliche Aufregung versetzen, wie es im September der Fall war, ruhige Verhandlungen würden den Streitfall leicht und schnell erledigt haben. Spanien war in der Lage, einen Druck auf Deutschland auszuüben, indem es die Verlängerung des Handelsvertrages verweigerte, falls die spanische Regierung es nicht vorzog, sogleich nach erlangter Kenntniß von der Absicht Deutschlands, die Carolineninseln unter seinen Schutz zu stellen, Widerspruch zu erheben und das vermeintliche Recht Spaniens auf diese Inseln geltend zu machen. Solche Zwischenfälle sind auch bei größter Vorsicht und bei der höchsten Friedensliebe nicht zu vermeiden, aber durch geschickte Benutzung der Umstände sind sie leicht aus der Welt zu schaffen, wie der Verlauf des Carolinenstreites gezeigt hat.

Als dann am 18. September die ostrumelische Frage Europa in Aufregung versetzte, wurde Deutschland dadurch nur insoweit berührt, als die zunächst betheiligten Mächte, Oesterreich und Rußland, zu ihm in nahen Freundschaftsbeziehungen stehen. Es war demgemäß die Aufgabe Deutschlands, die Keime zu Verwickelungen, welche die ostrumelische Frage enthielt, zu beseitigen. Dazu bot sich als nächstliegendes Mittel die Wiederherstellung des früheren Zustandes, und es war als ein großer Gewinn anzusehen, daß die drei Kaisermächte über diese Form der Lösung der Streitfrage einverstanden waren. Bulgarien würde sich dem Willen der drei Kaisermächte haben fügen müssen, wenn nicht der Widerspruch Englands Serbien ermuthigt hätte, den längst vorbereiteten Krieg gegen Bulgarien zu beginnen in der Absicht, als Ausgleich für die Vereinigung von Bulgarien und Ostrumelien den Bezirk von Widdin in Besitz zu nehmen. Auch dieser veränderten Sachlage gegenüber galt es für Deutschland, eine solche Stellung einzunehmen, daß der Kampf auf die beiden Krieg führenden Parteien beschränkt bliebe, und es würde niemals die Gefahr einer Verwickelung zwischen den Großmächten in Folge dieses Krieges eingetreten sein, wenn nicht Oesterreich sich veranlaßt gefühlt hätte, dem weiteren Vordringen des Fürsten von Bulgarien in Serbien Halt zu gebieten. Das war ein kritischer Zeitpunct, weil durch das Vorgehen Oesterreichs in Rußland eine Verstimmung erzeugt wurde, welche leicht schlimme Folge haben konnte. Aber in diesem gefahrvollen Augenblick erwies die deutsche Friedenspolitik, welche die Zusammenkunft von Skierniewice zu Stande gebracht hatte, ihre Kraft, und der Kaiser von Rußland gebot den Stimmen, welche es zum Bruch mit Oesterreich treiben wollten, Schweigen. General Durnowo, welcher Oesterreich den schlimmsten Feind der Slawen genannt hatte und dieser Macht Schuld gab, Serbien zum Kriege angestiftet zu haben, erhielt einen Verweis und die von Aksakow herausgegebene Zeitung „Rußj", welche erklärte, daß der Weg nach Konstantinopel über Wien gehe, eine Verwarnung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Deutschland auch hierbei die Hand im Spiele hatte und seinen Einfluß im Interesse der Erhaltung des Friedens mit Erfolg geltend gemacht hat.

Unter der Einwirkung Deutschlands kam die Militaircommission zu Stande, an welcher alle Großmächte betheiligt sind, ein Triumph der deutschen Friedenspolitik, für welche leider in Oesterreich nicht das volle Verständniß besteht, weil es sonst die neuesten Kundgebungen zu Gunsten Serbiens unterlassen hätte, durch welche die Friedensaussichten nicht genähert, sondern nur wieder in die Ferne gerückt werden können. Glücklicherweise hat der Winter auf dem Kriegsschauplatze sein Machtwort gesprochen und dadurch den kriegerischen Gelüsten beider Parteien einen Riegel vorgeschoben. Auf der anderen Seite hat Deutschland der Ueberzeugung bei seinen Verbündeten Eingang verschafft, daß nach den Siegen des Fürsten von Bulgarien die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Ostrumelien unmöglich geworden ist, und deshalb hat die Türkei sich entschlossen, die Sendung Djewdet Paschas auf sich beruhen zu lassen. Gerade dadurch wird der Sache des Friedens ganz besonders gedient, weil die Hoffnung, die bulgarische Einheit aufrecht zu erhalten, Bulgarien Serbien gegenüber gefügiger macht, und die Freude, den Hauptzweck zu erreichen, den Verzicht auf Rechte erleichtert, welche ohne solches Aequivalent niemals von Bulgarien aufgegeben worden wären. Man sieht den rothen Faden der deutschen Friedenspolitik durch alle Irrgänge der vielfach verschlungenen Balkanverhältnisse hindurchschimmern, und nach Hinwegräumung so vieler Schwierigkeiten ist die Erwartung berechtigt, daß es auch in Zukunft gelingen wird, den Brand auf der Balkanhalbinsel auf seinen Herd zu beschränken. Aber selbst wenn irgend ein Act der Thorheit einen anderen Duodezstaat auf der Balkanhalbinsel zum Eingreifen in die Bewegung führen sollte, so würde voraussichtlich ein neues Machtwort des vereinigten Europa genügen, um die Ruhe wieder herzustellen.

Deutschland kann überhaupt nicht in die Lage kommen, mit den Waffen in der Hand als Schiedsrichter im Orient aufzutreten. Die Ereignisse, welche sich dort früher oder später abwickeln werden, können nur die Türkei, Rußland und Oesterreich in Mitleidenschaft ziehen, nach der Balkanhalbinsel werden sich niemals deutsche Heeressäulen bewegen, dort haben wir keine Interessen zu vertreten. Aber der deutsche Einfluß reicht so weit, daß auch ein Kampf zwischen Großmächten auf der Balkanhalbinsel nicht ohne Rücksicht auf Deutschland unternommen werden kann, weil durch eine Aenderung der Beziehungen zwischen Rußland und Oesterreich die Interessen berührt werden, welche die Stellung beider zu den übrigen europäischen Mächten gleichfalls verändern würden. Eine solche Lage geschaffen zu haben, ist das hohe Verdienst der auswärtigen Politik Deutschlands, ihr Erfolg beruht darin, daß ganz Europa in ein Friedensnetz verstrickt ist, aus welchem keine Macht sich ohne Gefahr für ihre Interessen herauswickeln kann.

Es erübrigt noch, einen Blick auf die Verwickelungen zu werfen, in welchen sich Frankreich und England befinden. Frankreichs Kampf mit China hat jene Macht drüber belehrt, daß Deutschland sich niemals in Dinge mischt, welche dasselbe nichts angehen. Deutschland ist peinlich bemüht gewesen, die vollkommenste Neutralität diesem Streit gegenüber aufrecht zu erhalten, wie das mehrjährige Verbleiben der von China in Deutschland bestellten Kriegsschiffe in Kiel bewiesen hat. Im Uebrigen hat Deutschland seinen Einfluß aufgeboten, um Frankreichs Interessen, soweit nur immer ohne Schädigung fremder Interessen möglich war, zu fördern. Der Friede zwischen Frankreich und China ist geschlossen worden, ohne daß unsere guten Beziehungen zu beiden Mächten dadurch eine Aenderung erfahren hätten. Auch aus dieser Thatsache ist wiederum zu erkennen, daß Deutschland seine selbst gewählte Hauptaufgabe, im Interesse des Weltfriedens zu wirken, niemals außer Acht läßt.

Das Verhältniß Englands zu Rußlands ist dasjenige, welches gegenwärtig zu den schwierigsten Theilen der internationalen Beziehungen gehört. In Afghanistan ist man vorläufig noch mit Grenzregulirungen beschäftigt. Diese Arbeit wird sich bis in das Frühjahr ausdehnen und was dann geschehen wird, entzieht sich jeglicher Vorausberechnung. Aber das, was England und Rußland mit einander in Südwestasien auszumachen haben, ist eine Angelegenheit, welche Deutschland vollkommen unberührt läßt. Was die Leitung unserer auswärtigen Politik thun kann, um auch diesen Streit friedlich auszugleichen, wird sie sicher thun, aber schließlich muß doch das Bedürfniß Rußlands, bis an den Indischen Ocean vorzudringen, das entscheidende Wort reden. Daß aus dem englisch-russischen Streit eine europäische Verwickelung ergeben könnte, scheint nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen.

Leipzig, 22. December 1885.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bringt an leitender Stelle die folgende bemerkenswerthe Kundgebung zur parlamentarischen Lage:

Seit einiger Zeit beschäftigt sich die fortschrittliche Presse mit Vorliebe damit, Gerüchte über eine demnächstige Auflösung des Reichstags zu colportiren. Wir enthalten uns jeder Conjectur über die Gründe, aus welchen Herr Richter und Genossen eine solche Maßregel erhoffen, wohl aber scheint uns der Hinweis angezeigt, daß diese Hoffnung jeder positiven Grundlage entbehrt und daher nur durch den Wunsch des Fortschritts nach Neuwahlen eingegeben sein kann.

Die diesjährige Reichstagssession hat in ihrem bisherigen Verlauf eine frappante Aehnlichkeit mit der vorigen. Wie vor einem Jahre, so haben auch in diesem die Oppositionsparteien ihre parlamentarische Thätigkeit damit begonnen, daß sie mit Hilfe von Initiativanträgen einen erbitterten Angriff auf die Regierung machten. Um den Bedürfnissen der verschiedenen Fractionen gerecht zu werden, wurde jedesmal ein säcularer und ein geistlicher Antrag eingebracht, im vorigen Jahre der Ausfeld'sche Antrag auf Diäten und der Windthorst'sche Antrag auf Aufhebung des Expatriirungsgesetzes — in diesem Jahre der Antrag wegen der Missionare und der wegen der polnischen Ausweisungen. In beiden Fällen fiel man unter den fadenscheinigsten Vorwänden über die Regierung her. Es war notorisch, daß der Artikel 32 der Reichsverfassung für die verbündeten Regierungen ein noli me tangere war; wenige Wochen vorher hatte der Bundesrath sich gegen die Aufhebung des Expatriirungsgesetzes erklärt. Aber man fühlte im Oppositionslager das Bedürfniß wieder einmal, die Phrasen von der „Herabsetzung des Ansehens der Volksvertretung", von dem „stählernen Widerstand gegen den eisernen Reichskanzler" wohl et ordi bereiten, und da sich die Gelegenheit dazu mit vernünftigen Mitteln nicht beschaffen ließ, so zog man sie an den Haaren herbei. In diesem Jahre ist die Taktik der Opposition ganz dieselbe gewesen. Man wählte die Missionsund die Ausweisungs-Angelegenheit. Der Angriff war vielleicht noch ungeschickter in Scene gesetzt: die Willkürlichkeit trat noch deutlicher zu Tage, so daß selbst der frommsten Unschuld jeder Zweifel genommen werden mußte. Aber abgesehen von dieser rein formellen Verschiedenheit, die übrigens nur zu Gunsten der Regierung dienen kann, ist die parlamentarische Situation im Wesentlichen heute die gleiche wie vor einem Jahr. Man treibt eben die willkürliche Opposition mit Hilfe derselben gebrauchten Mittel. Die diesjährigen Windthorst'schen Reden haben selbst in ihren Argumentationen die überraschendste Familienähnlichkeit mit seinen oratorischen Leistungen aus dem November und December vorigen Jahres. Er führt die Phrasen über die Regierung Friedrich Wilhelm's IV., über die bedrückten Strömungen der Jetztzeit u. s. w. ins Gefecht wie ehedem.

Man kann nicht behaupten, daß die Dinge heute schlimmer lägen wie vor zwölf Monaten. Im December vorigen Jahres hat die Regierung an eine Auflösung nicht gedacht, und per analogiam darf man schließen, daß sie auch heute daran nicht denkt. Den Eingangs erwähnten Gerüchten möchten wir die Worte gegenüberstellen, die der Reichskanzler am 3. December v. J. im Reichstage mit Bezug auf die von seinem Vorredner, dem Abg. Windthorst, damals gemachten Anspielungen auf Auflösung gesprochen hat:

„Das ist immer ein Mittel, eine gewisse Unruhe und Aufregung im Lande zu erhalten, und ich will deshalb die Gelegenheit benutzen, zu erklären, daß davon gar nicht die Rede ist. Nach Dem, was ich eben sagte, können Sie ohne jede Hoffnung auf Auflösung Ihren Geschäften ruhig nachgehen. Wenn der Bestand des deutschen Reiches und der Regierung davon abhängig wäre, ob einmal in einer Session mit weniger Wohlwollen das Budget behandelt wird, ob die Gesetze abgeändert werden, dann wäre das deutsche Reich überhaupt nicht auf die Dauer zu halten. Dergleichen Perioden werden in jeder Session vorkommen; z. B. glaubte man zu Anfang der vorigen Session allgemein, es würde in den drei Jahren gar kein Gesetz weiter zu Stande kommen. Das war der Eindruck nach den Wahlen, die unter der Einwirkung einer geschickten technischen Agitation zu einer großen fortschrittlichen Majorität geführt hatten. Nachher sind doch eine Menge ganz hübscher Gesetze zu Stande gekommen, recht nützlicher Gesetze, und so ist es vielleicht auch diesmal. Es knüpften sich an diese Wahlen große Hoffnungen, viel größere, als ich sie getheilt habe, und da ist vielleicht gerade das Umgekehrte möglich, daß wir einmal ein Jahr erleben, wo kein einziges Gesetz zu Stande kommt, dann pleno titulo Achill, die Völker thun mir leid, aber ich kann es nicht ändern; wir in der Regierung, wir können mit den bestehenden Gesetzen gerade so leben und fortwirthschaften wie jetzt; nur wenn Manches unterbleibt, muß Manches darunter leiden."

Wir sind der Meinung, daß diese Argumentation an ihrer Gültigkeit nichts verloren hat, und daß sie auf die heutige Situation ebenso anwendbar ist wie auf die vorjährige. Letztere steigte sich bekanntlich noch weiter zu, als die zweite Directorstelle im Auswärtigen Amt abgelehnt wurde — und es wurde doch nicht aufgelöst.

* Zur Vorbildung von Maschinisten und Heizerpersonal wird jetzt in Wilhelmshaven die seit einigen Jahren aus der Liste der Kriegsfahrzeuge gestrichene Corvette „Vineta" hergerichtet. Das alte Fahrzeug wird nicht kasernirt, sondern dient sozusagen nur für den obengenannten Zweck als Exercirschiff und wird täglich von den in den Kasernen liegenden Mannschaften zu bestimmten Tageszeiten bezogen. Es hat diese neue Einrichtung den Zweck, dem in diesem Etatsjahr erheblich vermehrten Maschinen- und Heizerpersonal eine gewisse Vorbildung in ihrem Beruf zu geben, bevor dasselbe auf die eigentlichen Maschinistenschulschiffe (für die Nordseestation das Panzerschiff „Friedrich Karl", für Kiel das Panzerschiff „Hansa") zur weiteren Ausbildung commandirt wird. Die „Vineta" ist noch mit einer, wenn auch veralteten, doch noch sehr guten Maschine versehen und versah bis zu ihrer Streichung aus der Liste der Kriegsfahrzeuge für die Nordseestation die Dienste des Maschinistenschulschiffes. Von dem Panzerfahrzeug „Bremse" aus fanden in diesen Tagen Schießversuche auf der Jade statt.

* Von mehreren Bürgern der Stadt Neubreisach ist folgende Petition an den Reichstag gerichtet worden:

Nachdem die Reichsregierung die im vorigen Jahre nicht bewilligte Forderung für eine Unterofficier-Vorschule in Neubreisach wiederum in den Militairetat eingestellt hat, wollen die unterzeichneten Bürger nicht versäumen, nochmals die Blicke des hohen Reichstags auf die große Nothlage unserer Stadt hinzulenken. Schon im vorigen Jahre hatten die unterzeichneten Bürger die Ehre, in einer Petition dem hohen Reichstage vorzutragen, wie trostlos die Lage unserer Stadt seit dem Jahre 1870 geworden ist. Wir erlauben uns, in dieser Hinsicht daran zu erinnern, daß die heutige Garnison von Neubreisach nur aus einem Bataillon Infanterie und einer Compagnie Fußartillerie besteht, während vor dem Kriege ein Regiment Infanterie, eine Abtheilung Cavallerie und zwei Batterien hier lagen. Daneben fehlt von den früheren Beamten ein Drittheil, während die einst hier ansässigen Pensionäre verzogen sind. Eine Gemarkung besitzt unsere Stadt nicht, und die Aecker, welche wir in der Nähe erworben haben, sind derartig mit Kies durchzogen und ihr Ertrag deshalb ein so geringer, daß er irgend einen Ersatz für die früheren Erwerbszweige nicht zu bieten vermag. Es bleibt vielmehr in dieser Hinsicht die Stadt einzig und allein auf ihre Garnison angewiesen. Infolge der Verminderung der letzteren ist nun unsere Lage eine immer trostlosere geworden. Die Häuser sind fast werthlos, mehr als 80 Wohnhäuser stehen leer, die Geschäfte stocken vollständig; woher und aber Hilfe kommen soll, wenn nicht von Seiten des Reichs, wissen wir nicht. In dieser Nothlage wenden sich die unterzeichneten Bürger nochmals hilfesuchend an den hohen Reichstag mit der dringenden Bitte, unsere Stadt durch Bewilligung der Regierungsvorlage vor der vollständigen Verarmung zu bewahren.

Dazu bemerkt die Straßburger Post: „Sollte man es für möglich halten, daß diesen Klagen gegenüber, die von Elsaß-Lothringern ausgehen, ein Elsaß-Lothringer ungerührt bleiben könnte? Wir glauben es nicht. Wir hoffen, daß Angesichts der Aufgabe, eine elsässische Stadt vom Untergange zu retten, die Herren Antoine, Baron Zorn v. Bulach, Freiherr von Dietrich, Dollfus, Germain, Goldenberg, Guerber, Jaunez, Kable, Lang, Mühleisen, Simonis, v. Wendel und Winterer einmüthig zusammenstehen und sich des schönen Wortes erinnern werden, das einst Baron Zorn v. Bulach unter begeistertem Beifall im Landesausschusse aussprach: „Wir haben noch das alte elsässische Blut, das treue Blut, das Blut von Denjenigen, die immer für ihr Vaterland gekämpft haben. Aber bei uns ist noch mehr zu Haus: bei uns besteht das Princip, hilft dem Einen und dem Andern und wirkt zusammen für das Wohl des Vaterlandes!" Hoffentlich wird noch bei der dritten Lesung des Etats die vielbesprochene Unterofficier-Vorschule diesmal bewilligt."

* In Posen wird von polnisch-ultramontaner Seite der Kampf gegen die Ertheilung des Unterrichts in deutscher Sprache mit großer Zähigkeit fortgesetzt. Erst vor Kurzem hat eine stark besuchte polnische Volksversammlung in der Provinzialhauptstadt Posen stattgefunden, in welcher beschlossen wurde, an den Unterrichtsminister eine Petition abzusenden und darin folgende Forderungen zu stellen: 1) Aufhebung der Ober-Präsidialverordnung vom 27. October 1873 und Wiedereinführung der polnischen Unterrichtssprache; 2) Wiederherstellung des confessionellen Charakters der städtischen Volksschulen; 3) Wiedereinführung der geistlichen Schulinspection oder wenigstens Uebertragung der Aufsicht über den Religionsunterricht an die Geistlichkeit; 4) Wiederherstellung der Schulverhältnisse der Stadt Posen, wie sie von 1842 bis 1860 da bestanden; 5) Anstellung einer der Zahl der polnisch-katholischen Schüler entsprechenden Zahl polnisch-katholischer Rectoren und Lehrer. 6) Uebertragung des Rechtes der Entscheidung über die Nationalität der Schüler an die Eltern und nicht an die Rectoren und Lehrer. Diese Petition ist bereits durch eine fünfgliedrige Deputation dem Unterrichtsminister v. Goßler überreicht worden. Hoffentlich weist der Minister derartige Forderungen, deren Erfüllung das deutsche Element in Posen auf das Schwerste schädigen würde, rundweg ab. Außer der Petition wurden in der Volksversammlung noch fünf Resolutionen angenommen, die ebenfalls zeigen, wie leidenschaftlich die Polen zu agitiren verstehen. So lautet z. B. die dritte Resolution: „Die in der Volksversammlung anwesenden Polen und Katholiken erklären einstimmig, daß sie alles ihnen zugefügte Unrecht und alle Gesetzesüberschreitungen auf legalem Wege durch alle Instanzen bis zum Landtage und Throne verfolgen und sich dabei durch keine abschlägigen Bescheide werden abschrecken lassen." In der vierten Resolution werden alle Polinnen aufgefordert, ihren Einfluß in der Familie dahin geltend zu machen, daß die Kinder polnisch lesen, schreiben und beten und alles lieben lernen, was den Polen und Katholiken heilig und theuer ist. In der fünften Resolution wird das städtische Wahlcomité ermächtigt, Geldmittel zum Ankauf von polnischen Fibeln und Katechismen behufs unentgeltlicher Vertheilung an arme Kinder zu beschaffen. Auch in den kleineren gemischtsprachigen Städten der Provinz Posen sollen in der nächsten Zeit ähnliche Petitionen beschlossen und an den Unterrichtsminister abgeschickt werden.

* Die im Frühjahr 1885 ins Leben gerufene „Historische Gesellschaft für die Provinz Posen", welche für das Deutschthum dieser Provinz von hervorragender Bedeutung ist, insofern sie durch wissenschaftliche Arbeiten nachzuweisen gedenkt, welchen Einfluß die Deutschen schon seit sechs Jahrhunderten im Lande und auf das Land ausgeübt haben, hat sich bis jetzt recht günstig entwickelt und nicht blos in Posen, sondern auch in anderen Theilen des deutschen Reiches